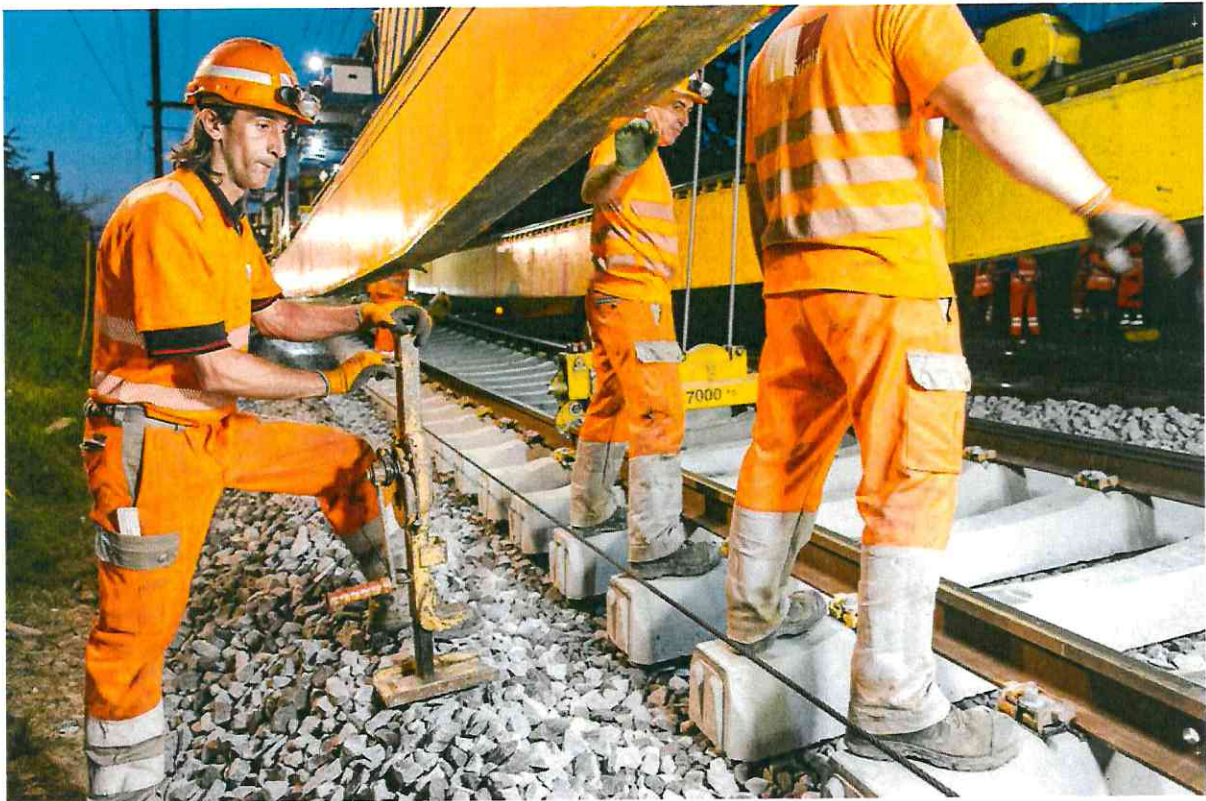


Öffentliche Ausschreibungen: Die SBB verstehen nur Deutsch

Die Westschweizer fordern neue Vorschriften, doch der Bundesrat verweist auf Sparvorgaben.

von Andrea Kučera / 17.3.2018



Westschweizer stellen die SBB an den Pranger: Bei Ausschreibungen seien französischsprachige Firmen im Nachteil. (Freiburg, 6. Juli 2015) (Bild: Thomas Hodel / Keystone)

André Lasserre traut seinen Augen nicht, als er auf der Plattform für öffentliche Beschaffungen «Simap.ch» auf eine Ausschreibung der SBB stösst und sieht: Eingaben sind nur auf Deutsch zugelassen. Es geht um die Herstellung und Lieferung von Kabelkanälen und Kabeldeckeln. Auch die technischen Erläuterungen zum Auftrag, der am 19. Februar veröffentlicht wurde, sind nur auf Deutsch abrufbar – die Unterlagen füllen zwei Bundesordner. Lasserre ist empört.

Vor wenigen Monaten hat sein Unternehmen, die Freiburger Baufirma Bétontec Gram, einen Rechtsstreit gegen die SBB gewonnen. Es ging um eine Ausschreibung für Betonschwellen, bei der ebenfalls um Antworten auf Deutsch gebeten wurde, und auch damals waren die Ausschreibungsunterlagen zunächst nur auf Deutsch verfügbar.

Das Bundesverwaltungsgericht hiess die Beschwerde von Bétontec Gram im Juli 2017 gut und verpflichtete die SBB, die Unterlagen zu übersetzen sowie Antworten auf Französisch zuzulassen. Dass die SBB – eine Aktiengesellschaft im Besitz des Bundes – trotz Urteil jetzt wieder gleich handeln, ist für Lasserre eine Frechheit. Er hat am 9. März erneut Einsprache gegen die SBB eingereicht. «Dieses Vorgehen ist eine Diskriminierung der Westschweizer Firmen gegenüber den Deutschschweizer Konkurrenten», sagt er. «Wir verlieren mindestens vier Wochen mit Übersetzen.»

Lateiner kommen zu kurz

Sukkurs erhält der Freiburger Unternehmer von Westschweizer Politikern: «Fühlen sich die SBB nicht an das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gebunden?», fragt der Neuenburger SP-Nationalrat Jacques-André Maire in einer Interpellation, die von sieben weiteren französischsprachigen Nationalräten unterzeichnet wurde.

Und der Waadtländer FDP-Nationalrat Fathi Derder, Chefredaktor der Wirtschaftszeitung «Agefi», die den Fall publik gemacht hat, sprach im Parlament von mangelndem Respekt für die Mehrsprachigkeit und fragte: «Was hält der Bundesrat von den Methoden der SBB?» Die Landesregierung sehe keinen Handlungsbedarf, antwortete Bundesrätin Doris Leuthard.

In der Tat verlangen weder Bundesgesetz noch Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen, dass Ausschreibungen des Bundes und staatsnaher Betriebe systematisch mehrsprachig sein müssen. Zwar müssen die meisten Aufträge in wenigstens zwei Amtssprachen ausgeschrieben werden. Doch in einigen Fällen genügt schon die

Sprache des Bauortes. Vor allem aber gibt es keine Vorgaben, in welcher Sprache die Ausschreibungsunterlagen publiziert werden müssen, also die umfangreichen technischen Spezifikationen und Pflichtenhefte. Und es gibt keine Verpflichtung, Antworten in allen Amtssprachen zu akzeptieren.

Dass Unternehmen aus der lateinischen Schweiz unter diesen Voraussetzungen einen schwereren Stand haben als jene aus der Deutschschweiz, ist unbestritten. Erhebungen haben gezeigt: Westschweizer und Tessiner Firmen sind gemessen am wirtschaftlichen Gewicht der lateinischen Schweiz bei öffentlichen Aufträgen untervertreten. Doch liegt dies nur an der Sprachbarriere?

Eine Studie, die das Beschaffungswesen des Bundes, nicht aber die Praxis der bundesnahen Betriebe durchleuchtete, kam 2014 zum Schluss, dass zwar eine Sprachbarriere existiere, diese die Untervertretung aber nur zum Teil erkläre. Weitere Faktoren seien die kulturell unterschiedliche Wahrnehmung der Komplexität öffentlicher Ausschreibungen sowie die Ballung der Bundesämter im Raum Bern.

Um wenigstens die Sprachbarriere auszuräumen, machen Westschweizer Parlamentarier nun Druck: Sie fordern, dass die Bestimmungen im Rahmen der laufenden Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen dahingehend abgeändert werden, dass Eingaben in allen Amtssprachen zugelassen und die technischen Erläuterungen mehrsprachig publiziert werden.

Das revidierte Gesetz wird in der Sommersession im Nationalrat beraten. Das Anliegen der Westschweizer hat jedoch einen schweren Stand: In seiner Botschaft zur Totalrevision schreibt der Bundesrat, der Ruf nach Übersetzung der Ausschreibungsunterlagen stehe im Widerspruch zu den Sparvorgaben des Parlaments. Auch spricht sich die Regierung dafür aus, dass für die Eingaben weiterhin eine Sprache vorgegeben werden darf.

Die SBB lenken ein

Einen Teilsieg kann André Lasserre immerhin verbuchen: Aufgrund seiner Intervention haben die SBB inzwischen angekündigt, die Ausschreibungsunterlagen für den Kabelkanal-Auftrag auf Französisch zu übersetzen und auch Angebote auf Französisch entgegenzunehmen. Ausserdem wurde die Eingabefrist verlängert. Der Zug für Bétontec Gram ist noch nicht abgefahren.

Newsletter

Lassen Sie sich mittwochs und freitags von der Redaktion informieren und inspirieren. [Jetzt abonnieren](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ am Sonntag ist nicht gestattet.